

In Verantwortung des weiter unten wiedergegebenen Manifestes der Maximalisten hat diese Gruppe ihre Anschauungen etwa folgendermaßen formuliert:

Die Gruppe hält an dem Programm von Genoa fest und lehnt die maximalistischen (kommunistischen) Formeln ab. Sie versichert von neuem, daß das Programm der Partei in der Einsetzung eines gemeinschaftlichen Eigentums der Produktionsmittel besteht, zugleich mit der Abschaffung jeder Ausbeutung und jeder Klassenfremdung. Die Partei strebt dahin, dieses Programm zu verwirklichen, sei es durch die Schaffung von Einrichtungen und Formen wirtschaftlicher Aktivität (genossenschaftliche, häußliche, nationale), welche die Wege für das gemeinschaftliche Eigentum vorbereiten, sei es durch Beschränkung der Privilegien des Kapitals, sei es vor allem durch die Begünstigung des Aufstiegs des Proletariats in allen Formen, um die wirtschaftliche und politische Verwaltung der Gesellschaft zu sichern. Die Versammlung versichert, daß die Methode, die man verfolgen muß, der Klassenkampf in allen seinen Formen und in allen Organen der gegenwärtigen Gesellschaft ist, in deren Innern die Vertretung des Proletariats ihre Aktion in Übereinstimmung mit dem Programm und mit den oben angelegten Zielen entfalten müsse, indem sie sich von jeder Verantwortlichkeit an der Regierung und von jeder Teilnahme an einem bürgerlichen Ministerium fernhalten müsse.

Das Zentrum bildet die zweite Richtung. Es wird geführt von Mussati, Maffi u. a. Es steht auf dem Standpunkt des Programms von Genoa und verlangt, daß die Taktik der Partei so elastisch sei, daß sie ihr gestatte, in gewissen Augenblicken mit der Bourgeoisie in Fühlung zu treten und die unmittelbaren Interessen der proletarischen Massen und ihrer Organisation zu verteidigen.

Die Maximalisten oder Kommunisten scheinen augenblicklich die Mehrheit der Partei zu bilden. Ihr gehören Serrati, der Direktor des „Avanti“, Bonabacci, der Sekretär der Partei, Genari u. a. an. Ihre Gesichtspunkte sind im wesentlichen die der russischen Bolschewisten und lehnen daher das Programm von Genoa in wesentlichen Punkten ab. Ihren Standpunkt haben die Maximalisten Anfang August in folgendem Manifest dargelegt:

Die Einrichtung der sozialistischen Revolution kann sich nicht infolge eines Dekretes oder eines Beschlusses eines Parlamentes oder einer konstituante vollziehen. Die Vorstufen einer Zusammenarbeit von Parlament und Arbeiterkräften müssen gleichermäßen durchgeführt und zurückgewiesen werden. Man muß im Gegenteil das Proletariat zur gewaltsamen Eroberung der politischen und wirtschaftlichen Macht bringen, einer Macht, die vollständig und ausschließlich den Arbeiter- und Bauern in Händen anvertraut ist. Diese Kräfte müssen zu gleicher Zeit gesetzgeberische und Verwaltungsfunktionen haben. In gleicher Weise muß die Diktatur des Proletariats durch folgende Formel bewirkt werden: Alle Macht den Arbeiterräten! Die Arbeiterdiktatur, die nicht diejenige der großen Masse der Arbeiter ist, wird nur einen vorübergehenden Charakter tragen. Wenn die wirtschaftliche Umformung vollendet und so die Verschwendung der einzelnen sozialen Klassen verschwunden sein wird, wird man zur freien Vereinigung von Gleichberechtigten gelangen, in der die freie Entwicklung jedes einzelnen die notwendige Bedingung der freien Entwicklung aller sein wird.

Folgende wirtschaftliche Maßnahmen werden zunächst zu treffen sein: Die Sozialisierung des Kapitals und die Annulierung der Staatsschulden, wobei allerdings die kleinen Kapitalien ausgenommen werden müssen; die Sozialisierung der Transportmittel, des großagrarischen Grundbesitzes und der großen kommerziellen und industriellen Unternehmungen, Ausnahmen und besondere Mittelwege werden für die kleinen Besitztümer getroffen werden müssen, wenn die Arbeit dort durch die Eigentümer selbst ausgeführt wird. Ihr eigenes Interesse und besondere Maßnahmen werden die Arbeiter, die Arbeiter in kleinen landwirtschaftlichen oder kommerziellen Unternehmungen ermutigen, ihre freiwillige Zustimmung zu den kommunistischen Prinzipien zu geben. Sobald die kapitalistische bürgerliche Herrschaft vernichtet sein wird, muß man an die Verteidigung der neuen Eroberungen herangehen. Man muß sofort die Bourgeoisie

entwaffnen und das Proletariat durch Bildung roter Waffen waffnen. Nur so wird der proletarische Staat die unteren, sozialrevolutionären Unternehmungen besiegen können und nur so wird er die natürlichen Versuche der Bourgeoisie, sich den Entseignungen zu widersetzen, zunichte machen können.

Der Radikalismus der italienischen Kommunisten, die zweifellos die große Mehrheit im Kongress haben werden, ist derart, daß er alle Andersdenkenden ausschließt.

Wenn diese Prinzipien die Extremisten — wie man in Italien die Maximalisten und Kommunisten nennt — zu einer Gruppe vereinigen, so teilt sich diese Gruppe hinsichtlich der Frage der Teilnahme an den Wahlen wieder in zwei Richtungen.

Die eine ist der Ansicht, daß die historische Periode der sozialen Revolution in Italien bereits angefangen hat, und sie erklärt es daher für überflüssig, Vertreter der Partei ins Parlament oder in eine andere Organisation zu senden, an deren Bildung Inhaber des Kapitals beteiligt sind. Diese Gruppe ist die der Absentionisten, deren Organ die Revue „Il Sowjet de Naples“ ist, die von Amadio Bordiga geleitet ist.

Die andere Richtung erkennt an, daß die Eroberung der politischen Macht die Grundbedingung für die Zerstörung des bürgerlichen Regierungsmechanismus ist, um ihn durch das System der Arbeiterräte zu ersetzen; aber sie ist der Ansicht, daß die Aktion revolutionärer Tat in Italien noch nicht begonnen hat. Diese Richtung will daher, daß die Partei an dem Wahlkampf teilnehme, und zwar aus einem faktischen Grunde, um eine Bresche in das gegenwärtige System zu schlagen und um so die Macht des Widerstandes der bürgerlichen Parteien zu hindern.

Zwischen diesen Richtungen, die einen tiefen Zwiespalt in der italienischen Partei offenbaren, wird die Parteileitung zu entscheiden haben.

Hörings Gewaltpolitik.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben: Auch der in Königsbütte erscheinende rechtssozialistische „Volkswille“, dessen jesuitischer Augenaufschlag bisher stets noch dem Halbgoth Höring und seinem Anhang galt, scheint jetzt in den Zustand der Abenddämmerung gekommen zu sein. Er greift, er der Rechtssozialist, der sich wohl zu salbieren weiß, nun die Mißgriffe des Grenzschutzes reißlos an. Alles das, was die „Freiheit“ in Nr. 421 in dem Artikel „Es ist alles nicht wahr“, als von der rechtssozialistischen Presse dementiert meidete, alles dies wirft jetzt der rechtssozialistische „Volkswille“ aus Königsbütte in seiner Nr. vom 17. September 1919 dem Regierungssystem Hörings vor. Man trau' seinen Augen kaum, dort zu lesen, der Grenzschutz hätte gar oft geplündert, geraubt, geprügelt, hätte die Arbeiter mit Gewalt zur Arbeit geschleppt. Zum Schluß gibt der „Volkswille“ Roste den guten Rat, er soll stärker sein als das System. Wer die gedrehte Sprache des „Volkswillens“ kennt, weiß, daß dieser gute Rat nicht Roste, sondern seinem ober-schlesischen Alieger Höring gilt.

Ingoßchen kommt aus Breslau durch die zenträmliche „Schlesische Volkszeitung“ die Meldung von einem „Dreimänner-Rat“ für Oberschlesien. Hörings Versuch in neuer Aufmachung. Die Regierungsparteien wollen das Staatskommissariat auflösen und ein Kollegium von drei Männern an die Spitze stellen, von der aus Oberschlesien regiert werden soll durch — die Reichswehr.

Immer wieder Zeitungsverbote.

Wie aus München gemeldet wird, ist durch behördliche Verfügung das Erscheinen der unabhängigen Zeitung „Kampf“ für drei Tage verboten worden. In dieser Maßnahme gab die Stellung des Blattes zur Hinrichtung der Geiselnörderin Veranlassung. Dem „Kampf“ wurde schärfstes Vergehen angedroht, wenn er seine unerhörte Kampfesweise fortsetzen sollte.

Dieses Verbot ist ein neuer Stoß. Die Haltung der bayerischen rechtssozialistischen Minister sehr bezeichnend ist. Die Zeitungsverbote mitsamt dem Belagerungsstand sind eine freche geistlose Willkür, ein Hohn auf die Verfassung, deren sich die Rechtssozialisten so sehr rühmen. Der Maß, der eine Zeitung zunächst, wie angeblich, auf drei Tage verbietet, dann aber „schärfere Maßnahmen“ androht, zeigt, wie diesen Leuten jedes politische Anstandsgefühl abhanden gekommen ist, wie sie schon im Ton den altpreussischen Beamtenstil nachäffen, wie ihre Herrschaft die Dudenordrisswirtschaft bis ins kleinste kopiert. Es gibt in der ganzen Welt nichts Berächtlicheres, als die rechtssozialistischen Renegaten!

Neuzeitliche Gerechtigkeit.

Der Redakteur am „Volkswille“ zu Halle, Genosse Otto Milian, sitzt seit nahe 7 Monaten in Untersuchungshaft, weil man in ihm als den Vorsitzenden des revolutionären Arbeiterrates einen der gefährlichsten Gegner der Reaktion erblickt. Das gegen unseren Genossen auch nicht das geringste Material vorliegt, zeigt schon allein die Tatsache, daß er bis heute noch keine Anklage erhalten hat, trotzdem die größten Bemühungen gemacht wurden, eine Beschleunigung des Verfahrens zu erreichen. Da nun die Prozeßverschleppung offensichtlich geworden ist, hat Genosse Milian zu dem letzten Mittel des politisch Eingekerkerten gegriffen: er ist in den Hungerstreik getreten, um zu erreichen, daß endlich gegen ihn verhandelt wird. Wir verlangen sofortiges Einschreiten des Justizministers und fordern, daß der Genosse Milian entweder freigelassen oder unverzüglich gegen ihn eine Anklage erhoben wird!

Das Lettländische Rote Kreuz gegen die deutschen Gewalttaten in Kurland.

Nach der Entgegennahme der Berichte des Abgeordneten aus der Provinz über die Gewalttätigkeiten, Plünderungen und Grauelthaten, die die Armeen der deutschen Okkupationsmacht täglich an der Bevölkerung Kurlands ausüben, hat der Kongress des Roten Kreuzes von Lettland folgende Resolution angenommen:

1. Der Kongress des Roten Kreuzes verurteilt aufs schärfste die unzulässigen Gewalttätigkeiten, Plünderungen und Mordthaten, die die deutschen Soldaten begehen und die auf Grund zuverlässiger Zeugenaussagen von den Staatsbehörden festgehalten und protokolliert sind.

2. Tief empört protestiert der Kongress gegen die Verhärzung der deutschen Okkupationsarmee, die in behördlich festgestellten Tatsachen, wie die folgenden zum Ausdruck kommen: die öffentliche Vergewaltigung einer 67jährigen Frau durch zwei deutsche Soldaten in Gegenwart von Augenzeugen; bewaffneter Einfall deutscher Kriegsdärzte und Sanitäre in das Lazarett des Lettländischen Roten Kreuzes; tätliche Verleumdung (durch Ragnaitzsch) eines lettischen Arztes in Alt-Augs seitens des deutschen Militärarztes Niebel; Plünderungen der Krankenhäuser und Lazaretts des Lettländischen Roten Kreuzes und ähnliches mehr.

Indem das Rote Kreuz Lettlands gegen alle hier genannten Gewalttätigkeiten protestiert, wendet es sich an die in Lettland residierenden Vertreter der Regierungen aller zivilisierten Völker mit der Bitte, durch energische Maßnahmen dem verbrecherischen Treiben der deutschen Soldateska ein Ende zu setzen, das vergrößerte Lettländische Volk endlich von seinen Peinigern zu befreien und von dem Schuldigen die volle Genugtuung für alle dem Lettländischen Roten Kreuz zugefügten Verluste zu verlangen.

Die Schweizer Abstimmung über die Internationale. In Ergänzung der Angaben in unserer Sonnabendausgabe wird von unserem Züricher Korrespondenten das endgültige Abstimmungsergebnis gebracht. Es stimmten gegen den Anschluß an die Moskauer Internationale 13 975, für den Anschluß 8290. Insgesamt nahmen an der Abstimmung 22 265 Wähler teil.

Die schwarze Mauer.

Von Hermann J. zur Mühlen

Zum erstenmal sah ich sie als Kind, halb im Traum, halb im Traum. Ich lag im Gras. Alles war Duft, Wärme, Freude. Kröge hob ich die Augen, und da erblickte ich, etwa zwanzig Schritte von mir entfernt, einen frühlingsbedeckten Kirschbaum. Das rote Obst schimmerte, lodte. Ich empfand jählings heftiges Verlangen nach ihm, schier fühlte ich bereits die süße Süßlichkeit auf meiner Zunge, die Nektar war mir trocken, mein ganzes Wesen wurde zu einem einzigen Sehnen nach den leuchtenden Kirschchen. Ich brauche nur aufzusehen, in wenigen Sekunden habe ich den Baum erreicht, geschüttelt. . . . Bereits fühlte ich die Ellenbogen im Gras auf, kratzte den Rücken: — da geschah etwas Seltsames. Der Kirschbaum entschwand meinen gierigen Augen, zwischen ihm und mir ragte eine schwarze Mauer auf, eine hohe, dicke, schwarze Mauer, deren Schatten jählings alles um mich verdrängte. Ich fühlte, diese Mauer ist unüberwindlich, es läßt sich in sie keine Bresche schlagen, sie vermag Wind und Wetter zu trotzen, selbst die Zeit wird diese Steine nicht abdrücken. Und während ich noch zweifelt auf sie starrte, wuchs sie empor, ward höher und höher, bis die düstere Masse den blauen Himmel erreichte. Ein Gefühl tiefster Angst und tiefer Trauer schnürte mir die Kehle zu.

Dann sah ich lange Zeit die schwarze Mauer nicht mehr. Aber ihre unheimlichen Schatten war auf meine Seele gefallen, und ich vermochte mich nicht von der Angst zu befreien, sie abermals, düster und gewaltig, vor mir aufzuringeln zu sehen. Diese Furcht warf ein Welken auf all meine Wünsche: ich wagte nicht, etwas heftig zu begehen, weil ich ahnte, die schwarze Mauer würde sich ironisch zwischen mir und dem Begehrten erheben.

So vergingen die Jahre, freudlos, mürrische, von heimlichen Kengeln gefüllte Kindheit glitt unmerklich in Jugend hinüber. Ich kam an die Universität. Und nun drängte der Frohsinn der Semesterferien, die Freude am Stadium des Gespenst meiner Kindertage in den Hintergrund. Ich lernte mich freuen, lernte Pläne schmieden, Lustschlösser bauen; Worte auf, alle Wünsche mit der Geißel der Angst zurückzupeitschen. Die Welt dachte mich wieder schön, farbenfroh, leuchtend, wie früher, vor jenem verhängnisvollen Nachmittag, da ich als Kind den tollschimmern den Kirschbaum erblickt hatte. Auch zog ich mich nicht mehr von den Menschen zurück, hatte Freunde und eine Freundin. Vielleicht sah ich die Welt so funkelnd und gleichend, so hant und heiter, weil ich sie durch Sonjas blaue Augen und über ihr goldschimmerndes Haar hindurch betrachtete. Es war eine blühende

Zeit, kein ausgesprochenes Wort verlieh unseren Gefühlen die starre Härte der Wirklichkeit; wir verharren im Zustand beseligter Erwartung, wie Kinder am Weihnachtsabend des Augenblicks harren, da die Tür aufgeht und der lichtschimmernde Christbaum sichtbar wird.

Ich hatte mein letztes Examen bestanden, nun wollte ich nicht mehr länger warten. An einem Winterabend beschloß ich, Sonja aufzusuchen, die Worte zu sprechen, die uns für immer zusammenführen sollten. Eisiger Wind segte heulend durch die Straßen, der Schnee schlug mir blendend ins Gesicht, endlos dünkte mich der Weg. Ich erreichte die Strokedede, vor mir lag das Haus, wo Sonja wohnte. Ihr Zimmer war erhell, sie hatte vergessen, die Vorhänge herunter zu lassen; ich vermochte in den traulichen Raum zu schauen, sah über den Tisch geneigt den blonden Kopf. Nur noch wenige Schritte, und ich wäre neben ihr, im Licht, in der gültigen Wärme; noch einen Witz auf das Haus. . . . Aber was ist das? Das freundlich erleuchtete Zimmer ist verschwunden, vor meinen Augen ragt eine undurchdringliche schwarze Mauer auf, wächst empor, wird immer höher und höher, bis die düstere Masse den bleigrauen Himmel erreicht. Hinter dieser Mauer liegt Hölle, Wärme und Glück, wer aber vermöchte diese Mauer zu durchdringen und zu ihnen zu gelangen?

Ich irrte die halbe Nacht durch die Straßen und verließ am nächsten Tag die Stadt, ohne Sonja wiedergesehen zu haben.

Nun folgten für mich einsame, freudlose, arbeitschwere Jahre. Ich schritt durchs Leben wie ein Gefangener, der, rechts und links von zwei Wächtern geleitet, dem Zuchthaus zustrebt. Er sieht nicht zur Seite, um den Anblick seiner Feinde zu vermeiden, schaut nicht nach vorn, weil er dort bereits die Gefängnismauern ahnt. So erging es auch mir, ich lebte von Stunde zu Stunde, ohne Zukunft, ohne Vergangenheit.

Die Mauer selbst sah ich nicht mehr, doch vermeinte ich zu fühlen, wie sie mich, unsichtbar immer näher rückend, von Licht und Sonne trennte und der Luft beraubte.

Furchtbare ereignete sich inzwischen. Herrscher und Finanziers lehten ihre Sklaven einander an die Gurgel, wandelten Menschenblut in Gold um, nach dem ihre gierigen Herzen gelitten. Als first in einem belagerten Festung lag ich Dinge, deren Grauen keine Bedeckung zu schildern vermag. Oft wollte ich aufschreien, an die Verstümmelten, die an die Front zu rückwärtigen, nur eine einzige Frage richten: „Warum?“ Und mich dünkte unklar, dieses Warum sei eine schwarze Mauer, hinter der Licht und Glück und Freiheit liegen, doch dünkte ich mich weniger gewaltig, schien alt und kranke.

Ich sprach die Frage nicht aus, das Gespenst meiner Kind-

heit hatte mich allen Nutes beraubt, mich mit Stummheit geschlagen; doch gab es andere, deren Stimmen auftrauten und wider die Mauer schlugen — und die Mauer begann zu wanken.

Eines Abends kam ein Kamerad zu mir: „Wißt du uns helfen? Unter den Soldaten Flugblätter verteilen, Propaganda machen? Wir brauchen Leute.“

Wir sahen im dunklen Zelt, eine armselige Kerze warf fahles Licht gegen die schmutzige Leinwand. Pflötzlich jedoch entstand vor meinen Augen ein funkelndes Strahlen, so daß ich sie schier gelbend schließen mußte. Und während mein Gesicht weiter sprach, erblickte ich trinken vor Glück die Wision einer neuen, freien Welt. Heißes Sehnen überwältigte mich, helfen mitarbeiten, die schwarze Mauer zerstören, die Feste der Freiheit aufbauen. — Mein Kamerad hielt mir die Flugblätter hin und ich griff bereits nach ihnen, als wären sie Brecheisen und Mauerkeile — da verschwand vor meinen Augen plötzlich die Hand mit den Papieren. Dunkel erfüllte das Zelt, vor meinem starren Blick ragte eine schwarze Mauer auf, wuchs empor, ward höher und höher, bis die düstere Masse das Zeltdach erreichte. Ich hörte wie aus weiter Ferne meine eigene Stimme sagen: „Ich kann nicht“, hörte rasche Schritte das Zelt verlassen, erwas, das wie „Geißling“ klang, fiel schwer auf mein Herz nieder, und ich blieb mit der schwarzen Mauer allein zurück.

Diesmal versuchte ich nicht, ihr zu entfliehen, ich starrte sie an: was bist du? Woher kommst du? Bist du wirklich undurchdringlich, ungerührbar? Gewaltsam raffte ich mich auf, schritt auf die dunkle Masse zu; sie wich vor mir zurück, bis ich, das Zelt verlassend, auf freiem Feld stand. Gelle Sterne warfen schimmerndes Licht auf die Erde. Und da bemerkte ich, daß die schwarze Mauer kein eigenes Wesen war, sondern der Schatten der von mir selbst ausgeht.

Ich sah meinen Kameraden daherkommen, und starrte auf ihn zu: „Du hast mich mißverstanden, ich gehe mit Euch.“ Abend griff ich nach seiner Hand; wir schritten die Mauer abermals aufzudecken zwischen ihm und mir?

Ein inniger Händedruck nahm mir die Last von der Seele. . . . Heute umgeben mich wirklich, von Menschenhänden erbaute enge, schwarze Gefängnismauern, doch werfen sie keine Schatten, und meine Seele ist in schimmerndes Licht getaucht. Wenn ich lange die Mauer betrachte, so sehe ich, wie sich in ihnen die geheimnisvolle Arbeit der Befreiung erfüllt, Stein für Stein ab, und durch die immer größer werdende Bresche sehe ich der höchsten Sehnsucht verwirklichte Erfüllung, noch greifbar, ungerührbar, im Licht der Freiheit erstarrt — die neue Welt.

Die Bewegung in der Metallindustrie.

Ein Ueberblick über die Entscheidungen der Metallarbeiter in den Betrieben auf Grund des Beschlusses der gestrigen Generalversammlung ist noch nicht möglich. Auf dem Bureau der Ortsverwaltung rechnet man jedoch sicher mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks im Laufe des heutigen Tages.

Der „Vorwärts“ benützt die Tatsache, daß Richard Müller auf der Generalversammlung dafür eingetreten ist, daß die Entscheidung über die Bewegung nur durch die Abstimmung der Mitglieder und niemals durch einen Beschluß der Generalversammlung herbeigeführt werden könne, zu einem Aufsatze gegen den Genossen Müller. „Der selbe Richard Müller, der gestern die Abstimmung als notwendige Voraussetzung des Streikbeschlusses bezeichnete, beschimpfte im März d. J. jeden Mehrheitssozialisten, der bei dem damaligen Streik das gleiche forderte, als Verräter, Gegenrevolutionär usw.“, schreibt der „Vorwärts“. Also er stellt den gegenwärtigen Kampf, der eine reine Lohnangelegenheit ist, in eine Linie mit dem politischen Generalstreik vom März, über den bindend zu beschließen die Vollversammlung durchaus berechtigt war, während die Art der Beschlußfassung über den jetzigen Streik der Metallarbeiter durch das Statut des Metallarbeiterverbandes genau festgelegt ist. Müller hatte also nur diesem Statut Geltung zu verschaffen. Will der „Vorwärts“ mit dieser Verwechslung der Begriffe etwa andeuten, daß er geneigt ist, auch in diesem Falle in die Laster der bürgerlichen Klassenfeinde des Proletariats zu verfallen, können es es besonders lobenswerte Aufgabe dünkt, wirtschaftliche Kämpfe mit politischen zu „verwechseln“?

Beachtete Lügen.

Wolffs Telegraphen-Bureau verbreitet folgende falsche Meldung:

Berlin, 22. September.

Die Vertrauensleute und Obmänner der Metallindustrie hielten heute abend in den Kammerjahren in der Kottbuser Straße eine mehrstündige Sitzung ab, in der einstimmig beschlossen wurde, den Metallarbeitern den Generalstreik zu empfehlen. Morgen soll in allen Betrieben eine Abstimmung vorgenommen werden; falls sich eine Zweidrittelmehrheit für den Streik ergeben sollte, würde der allgemeine Ausbruch eintreten. Der Leiter der Fünfzehnerkommission Ruch gab in einem Referat ein Bild von der allgemeinen Lage und sprach die Hoffnung aus, daß morgen der Generalstreik beginnen wird.

In dieser Haltung ist die Meldung eine bewusste Irreführung der Öffentlichkeit, darauf berechnet, die Stimmung in der Provinz gegen die „Streikheer“ in Verfall zu bringen. Wie aus unserem Bericht hervorgeht, ruht die Entscheidung über den weiteren Verlauf der Bewegung vollständig in den Händen der in den Betrieben stehenden Metallarbeiter, die heute im Laufe des Tages die Abstimmungen vornehmen werden. Von der Empfehlung einer bestimmten Taktik, gewissermaßen denn des Generalstreiks ist in dem Beschluß der Generalversammlung mit keinem Wort die Rede. Bei der großen Erregung, die sich der Metallarbeiter infolge der Haltung der Schlichtungsinstanzen bemächtigt hat, besteht allerdings die Gefahr, daß die Streikbewegung größeren Umfang annimmt, wenn sich das Reichsarbeitsministerium nicht noch im letzten Augenblick zur Anbahnung von neuen Verhandlungen ermannt. Es sieht allen Verhandlungen zum Trotz fest, deren sich besonders eine von der Berliner Presse vielfach benutzte Lokalkorrespondenz schuldig macht, daß der entscheidende Schiedsspruch die Lohnhöhe nach oben bindend festsetzt, während er es verfährt, die Grenze nach unten mit der gleichen Schärfe zu ziehen und für die Unternehmer bindend zu gestalten. Der Auffassung der Metallarbeiter, daß die Folge davon ein Druck auf die Löhne sein würde, stehen nur Versprechungen der Unternehmer entgegen. Ist es den Herren ernst mit ihren Versicherungen, dann muß es eine Mäßigkeit geben, den Schiedsspruch so zu formulieren, daß alle Bedenken der Metallarbeiter schwinden. Warum also sträubt man sich? Weil man sich die Möglichkeit, mit dem erlebten Abbau der Löhne zu beginnen und zugleich den verhassten unabhängigen Metallarbeiter eine Niederlage beizubringen, nicht entgehen lassen möchte.

Die Metallarbeiter werden den Schlag abzuwehren müssen.

Zur Washingtoner Arbeiterkonferenz.

H. N. Haag, 23. September.

Aus London wird gemeldet: Die „Daily Mail“ veröffentlicht Einschreiben über die bevorstehende Arbeiterkonferenz in Washington. Danach haben 45 Nationen die Einladung bereits angenommen. Wahrscheinlich werden nun auch Deutschland und Oesterreich dazu kommen. Jede Nation hat das Recht, vier Delegierte zu entsenden, nämlich zwei Regierungsvertreter, einen Vertreter der Arbeiter und einen Vertreter der Arbeitgeber. Da jede Delegation auch mehrere Sachverständige mitbringen darf, wird die Konferenz insgesamt 600 bis 700 Personen umfassen. Sämtliche Staaten Amerikas, Asiens, Ozeaniens und die neuerschlossenen Staaten Europas sind vertreten. Der zentrale Punkt des Planes ist, sagt die „Daily Mail“, daß die Konferenz nicht die Befugnis hat, bindende Beschlüsse zu fassen. Zwar haben die Franzosen, Italiener und Belgier in Paris für diese Vollmacht gestimmt, doch waren die anderen Delegierten kopfschüttelnd, weil man befürchtete, daß die anderen Staaten darin eine Verletzung ihrer Souveränität erblicken würden. Man hat sich deshalb herabgesetzt, daß die Beschlüsse der Konferenz als Empfehlung der Regierung der Vereinigten Staaten vorgelegt werden sollen.

Wenn es bei dieser Zusammenkunft bleibt, dann ist der Kongreß alles andere, als ein Arbeiterkongreß. Und die Rechte, die man ihm gibt, sind gleich Null. Es kennzeichnet den Compeß, daß er sich mit so viel Wärme für die Konferenz einsetzt.

Erfüllung der Entente-Forderung.

Berlin, 22. September.

Freiherr v. Bismarck unterschrieb heute nachmittags 4 Uhr im Trianon-Palast-Gebäude in geschlossener Sitzung das mit den alliierten und assoziierten Regierungen vereinbarte Protokoll betreffend die Erfüllung der Entente-Forderung. Auf seinen

der Alliierten unterzeichneten für Frankreich Vizekonsul Jules Cambon, für England Sir Eric Crozer, für Amerika Unterstaatssekretär Bol, für Italien Minister Scialoja, für Japan Vizekonsul Matsui.

Der Kampf gegen die neue Schule.

Gotha, 22. September.

Der Gothaer Bauernbund fordert in einem Aufrufe zum Schulstreik auf. Die Vertrauensmänner des Bundes haben einstimmig folgende Forderungen beschlossen: 1. Zurücknahme des Religionsbessers. 2. Rücktritt des Ministerialdegenerenten für Schulwesen Jacobi. 3. Wiedereinsetzung der Schulinspektoren. Solange diese Forderungen nicht restlos erfüllt sind, darf kein Gothaer Bauer seine Kinder zur Schule schicken. Gibt die Regierung auf diese Protestmaßnahme nicht nach, so wird die Bauernschaft jede Steuerzahlung an diese Regierung verweigern. Des Weiteren wird die Bürgerchaft zum Anschluß an das Vorgehen aufgefordert. Der Schulstreik, dem sich die große Mehrzahl der Gothaer Ortschaften angeschlossen hat, beginnt heute.

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen.

Berlin, 22. September.

Ueber Rücktransporte unserer Kriegs- und Zivilgefangenen wird uns von zuständiger Stelle gemeldet: Es wird beabsichtigt, mit den Engländern über einen Gesamttransportdispositionsplan zu verhandeln, welcher den Transport aller Gefangenen aus England nach Deutschland umfaßt. Die Belgier haben sich bereit gefunden, die Gefangenen zurückzugeben. Sie wollen 10 Transporte zu je 1000 Mann schicken, und zwar auf dem Schienenwege. Von einem Rücktransport zu Fuß ist offiziell nichts bekannt. Die Amerikaner sind bereit, die in Amerika befindlichen Deutschen zurückzuschicken.

Vordringen des Entente-Kapitals in Tschechien.

Prag, 22. September.

Ein Prager tschechisches Blatt teilt mit, daß die französische Firma Schneider-Creuzot allmählich etwa 40 000 Stück Aktien der Stodawerke erworben hat und daß sie eine entsprechende Vertretung im Verwaltungsrat der Stodawerke einbringt. Den Stodawerken wird ein großer Teil der Lieferungen von Maschinen für die Wiederherstellung der zerstörten tschechischen Gebiete, insbesondere die maschinelle Einrichtung der Zuckersabriken, überwiesen werden. Das Rohmaterial wird den Stodawerken direkt von Frankreich zukommen.

Prag, 22. September.

Die tschechische Blätter melden, daß die gesamte für die Ausfuhr verfügbare Zucker einer Bankgruppe, die aus französischen und holländischen Banken besteht, verpfändet werden. Die Bankgruppe soll hierfür einen Vorstoß von 800 Millionen Franken leisten. Der Vorstoß wird auf 800 000 Tonnen Zucker verteilt.

Räumung Budapests durch die Rumänen.

H. N. Wien, 23. September.

Wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, ist der alliierte Bevollmächtigte für Ungarn Diamanti hier eingetroffen. Die Räumung Budapests durch die Rumänen hat heute begonnen.

Armenien vor einer Katastrophe.

Amsterdam, 22. September.

„Nieuws van den Dag“ meldet aus London: Das armenische Parlament hat an fast alle ausländischen Parlamente berichtet, daß die armenische Republik gezwungen sei, alle Männer zu mobilisieren, um das Land vor den Türken, Kurden und Tataren zu retten. In dem Bericht wird gesagt, daß die Hilfe der Alliierten vollständig unzureichend sei, um Armenien vor einer Katastrophe zu bewahren, und es wird an das Rechtsbewußtsein aller Länder appelliert.

Englische Streikbewegung.

Amsterdam, 23. September.

Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, hat der Lohnstreik der Eisengießer gestern begonnen.

Aus der Partei.

An unsere Gemeindevertreter.

Die Zentralkommission der Partei gibt vom 1. Oktober ab eine kommunalpolitische Zeitschrift heraus unter dem Titel „Die sozialistische Gemeinde“. Diese Zeitschrift soll alle kommunalpolitischen Fragen eingehend im Geiste unserer Partei erörtern und so nicht nur ein geistiges Bindeglied für die gesamte kommunalpolitische Tätigkeit im Reich sein, sondern auch ein praktischer Führer für die Arbeit unserer Genossen in den Gemeinden werden. Es ist deshalb unbedingt nötig, daß alle Vertreter unserer Partei in den Gemeindeparlamenten, Kreisräten, provinziellen Landtagen und vor allem auch in den kommunalen Arbeiterräten sofort diese Zeitschrift bestellen.

Die „Sozialistische Gemeinde“ wird vom 1. Oktober bis 1. Januar, also ein Vierteljahr, einmal monatlich erscheinen, vom 1. Januar 1920 ab zweimal monatlich. Der Preis beträgt für das erste Vierteljahr 1,50 M., vom zweiten Vierteljahr, also vom 1. Januar ab, 3 M. Einzelnummern kosten 50 Pf. Druck und Verlag der Zeitschrift hat die Verlagsgenossenschaft Freiheit, Berlin N.W. 8, Schillbaurdamm 19, übernommen. Die Bestellung soll durch die Vorsitzenden der Fraktionen in den einzelnen Körperkassen erfolgen. Da die meisten unserer Gemeindevertreter für ihre Tätigkeit eine geringe Entschädigung durch die Gemeinden erhalten, erwartet die Zentralkommission, daß die Genossen die Zeitschrift auf eigene Kosten bestellen. Wir hoffen, daß die in Betracht kommenden Genossen sofort die Bestellung an die Verlagsgenossenschaft Freiheit richten, damit sie auch vom 1. Oktober an in den Besitz unserer kommunalpolitischen Zeitschrift gelangen.

Morgen: Mittwoch

erscheint die

Freie Welt Heft 19

20 Pfennig

Bei jedem Zeitungsverkäufer zu haben!

Gewerkschaftliches.

Der Tarif in der Pelzbranche.

Eine überfüllte Sektionsversammlung der Kürschner nahm zum Tarif Stellung. Freie Schlichter die schwierigen Verhandlungen, da die Unternehmer eine Verschleppungstaktik einfügten. Sie wollten nur für die Zeit der Konjunktur bis 31. Dezember 1919 Tarife abschließen. Die 48stündige Arbeitszeit war nicht zu erreichen; in den Betrieben, wo eine längere Arbeitszeit als 48 Stunden besteht, soll aber daran streng festgehalten werden. Die Löhne betragen im ersten Jahr nach der Lehrzeit 2,25 M., im zweiten 2,75 M., im fünften 3,25 M. pro Stunde. Für Hand- und Maschinennäherinnen im ersten Jahr nach der Lehre 1,40 M., im zweiten 1,65 M., im dritten 1,90 M. pro Stunde. Berufsklopfer und Hocker erhalten 2 M. pro Stunde. Felleger werden nicht bezahlt. Wo sie jetzt bezahlt werden, bleibt es bestehen. Für Ueberstunden 50 Prozent Zuschlag. Für Lehrlinge und Lehrlingmädchen soll eine Kommission die Arbeitsbedingungen festlegen. Entlassungen dürfen nur nach Verkürzung der Arbeitszeit auf vier Stunden vorgenommen werden. Ferien für jeden acht Tage. Betriebsräte nach gesetzlichen Bestimmungen. Schlichtungskommission ist vorgesehen. Ein partieller Arbeitsnachweis wird erachtet. Dauer des Vertrages vom 1. September 1919 bis 1. Mai 1920.

Für Pelzhaufabriken wurden folgende Löhne vereinbart: Lehrlingmädchen im ersten Halbjahr 95 Pf., im zweiten Halbjahr 95 Pf., im dritten Halbjahr 95 Pf., im vierten Halbjahr 95 Pf. pro Woche. Männliche Hilfsarbeiter bis 15 Jahre 75 Pf., bis 16 Jahre 1 M., bis 17 Jahre 1,25 M., bis 18 Jahre 1,40 M. pro Stunde. Gelehrte Klopfer über 18 Jahre alt männliche 2,00, 2,50, 2,75 M., weibliche 1,40—1,65—1,90 M. pro Stunde nach Leistung. Handnäherinnen und Paparbeiterinnen 1,40, 1,65, 1,90 M. pro Stunde nach Leistung.

In der Debatte wurde der Tarif scharf kritisiert, besonders die niedrigen Löhne für Hilfsarbeiter für unzureichend erklärt. Der Tarif wurde dann mit den angeführten Abänderungen angenommen. Es wurde einer Resolution zugestimmt, die den Tarif annimmt, aber bedauert, daß die Arbeitszeit nicht auf 45 Stunden vergrößert und das Mitbestimmungsrecht nicht erreicht wurde. Schuld an dem unbestriebenen Abschluß trägt die Rücksichtslosigkeit der Kollegen. Große Aufklärungsarbeit sei notwendig und verpflichten sich die Anwesenden, in diesem Sinne zu wirken.

Achtung! Fabrikmaurer, Bauarbeiter und Fabrikzimmerer!

Im Schiedsstreit des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes, Berlin, Engel-Ner 15, und des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgebung, Engel-Ner 15, gegen den Verband Berliner Metallindustrie ist der vom Schlichtungsamt Schiedsrichter am 22. August 1919 gefällte Schiedsspruch durch den Demobilisierungskommissioner für verbindlich erklärt, und zwar ist der Lohn rückwirkend vom 23. Juni d. J. nachzuschaffen. Wir ersuchen nun, die Firmen haben in Kenntnis zu setzen, daß der für das Bannverbot tariflich festgesetzte Lohn zu zahlen ist. Am Weigerungsfalle sind die Organisationsleitungen hieran zu benachrichtigen.

Groß-Berlin.

Zur Berliner Kohlennot.

Uns wird geschrieben: „Die herrschende Kohlennot wird von den bürgerlichen Parteien aller Richtungen weiblich dazu ausgenutzt, um gegen den Achtstundentag der Bergarbeiter Sturm zu heizen und nach erhöhter Arbeitsleistung zu schreien.“ Wie unser Redner Paul Hoffmann in der Preussischen Landesversammlung bereits festgestellt, sind in vielen Kohlenbezirken die Fördererinnen von 1917 bereits wieder erreicht worden. Auch in Oberschlesien steigen die gefördert Kohlenmengen täglich trotz des Gewaltregiments eines Göring. Leider sind aber die Eisenbahnen nicht imstande, alle Kohlen abzufahren. Die Zahl der gestellten Waggons bleibt täglich hinter den Anforderungen zurück. Es besteht die Gefahr, daß bei anhaltender Zunahme der Förderung die Kohlen wieder auf Halbe gestürzt werden müssen. Tritt dieser Umstand ein, dann wird die Förderung sofort automatisch nachlassen, denn durch das Abkippen auf Halbe verliert die Kohle nicht nur an Wert, sie wird auch ganz erheblich verteuert durch nochmaliges Laden in die Waggons. Es ist also klar, daß die Kohlenförderung in ganz erheblichem Maße bedingt wird durch die Abförderung.

Nun werden zur Zeit immer noch nicht soviel Kohlen auf den Wasserweg gebracht, wie dieser aufnehmen kann. Die Oberwasserstraße wird noch nicht zu zwei Dritteln ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt. Es ist ja allerdings eine bedauerliche Tatsache, daß durch das leichtfertige Verschütten des Reichskohlenkommissars gerade in den Monaten Juli-August, als der Wasserstand der Oder sehr günstig war, die Röhre leer in den Bösen herumliegen mußten. Der Ausfall, der durch diese Untätigkeit für Berlin an Kohlen entstanden ist, läßt sich jetzt nicht mehr gut machen. Würden doch in Oberschlesien am 12. September 7851 Waggons angefordert, aber nur 4530 von der Eisenbahn gestellt, so daß 3320 ausfielen, am 16. September wurden 7667 angefordert, 5589 gestellt, der Ausfall betrug also 2134. Auf den Wasserweg wurden am 12. September allerdings nur 6700 Tonnen gebracht, obgleich 15 000 Tonnen in Cöfel-Hafen geladen werden könnten. Auch der Minister Deser trägt ein gerüttelt Maß Schuld an dieser Kommissarität, weil er nicht den Mut fand, den Widerstand des Reichskohlenkommissars zu brechen, der allerdings einen starken Rückhalt fand in gewissen ober-schlesischen Magnatenkreisen. Es ist jetzt die erste Pflicht des Eisenbahnministers, dafür zu sorgen, daß die Oberfähre restlos beladen werden, ganz gleichgültig, ob das dem Herrn Reichskohlenkommissar paßt, oder nicht.

Die Arbeiterräte bei dem Magistrat Berlin.

Der Berliner Magistrat hat den Stadtratsordnen einen Antrag über die Finanzierung des Arbeiterrates beim Magistrat Berlin und des Volksrates der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte vorgelegt. Danach ist der Magistrat mit den durch die Arbeitsgemeinschaft vertretenen Arbeiterräten beim Magistrat Berlin zu folgenden Uebereinkommen gelangt: Die Kosten der Gemeinschaft der Arbeiterräte werden für jeden Arbeiter auf 50 Mark für den Monat, nachträglich zahlbar, festgesetzt. Für die Zeit vom November 1918 bis März 1919 wird jedem Arbeiter eine nachträgliche Entschädigung von zusammen 200 Mark gewährt. Die Kosten der Arbeiterräte — abgesehen von der Vergütung des entgangenen Arbeitsverdienstes — werden sich bei 54 Arbeiterräten auf 10 500 Mark für die Zeit vom November 1918 bis März 1919 und auf 32 400 Mark für das Rechnungsjahr 1919 belaufen. Ein Teil dieser Kosten fällt den städtischen Wera

